

ERINNERUNG ALS PROGRAMM

Der Geschichtspolitiker Helmut Kohl

HANS WALTER HÜTTER

Geboren 1954 in Mönchengladbach, Historiker,
seit 2007 Präsident der Stiftung Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland.

„Zur Erneuerung gehört die Besinnung auf die deutsche Geschichte“, formulierte Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung 1982. Die daraus resultierenden Projekte gerieten vor allem im Zuge des „Historikerstreits“ in eine heftig geführte öffentliche Kontroverse.

Helmut Kohl ergriff in seiner ersten Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 die Gelegenheit, sein geschichtspolitisches Engagement deutlich zu machen, und formulierte konkrete Vorstellungen: „Wir wollen darauf hinwirken, dass möglichst bald in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation.“ In seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 bekräftigte er dieses Projekt und ergänzte: „1987 blickt

Berlin auf 750 Jahre seiner Geschichte zurück. In der alten Reichshauptstadt soll ein Deutsches Historisches Museum eröffnet werden.“

Sogleich traten Kritiker auf den Plan, eine heftige Debatte weit über die Museumswelt hinaus entbrannte. Vor allem wurde die Sorge laut, Kohl wolle mit diesen Museumsneugründungen die jüngere deutsche Vergangenheit umdeuten, die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in den Vordergrund stellen und die Erinnerung an die Gräueltaten des

Nationalsozialismus in den Hintergrund drängen. Die Worte und das Handeln Helmut Kohls widersprachen diesen Schlussfolgerungen allerdings. So überließ er einem vierköpfigen Gründungsdirektorium unter Vorsitz des renommierten liberalen Historikers Lothar Gall die Ausarbeitung der „Überlegungen und Vorschläge zur Errichtung eines ‚Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland‘ in Bonn“. Eine breite öffentliche Diskussion folgte 1984 nach Vorlage des Papiers. Helmut Kohl mischte sich in diese Debatte nicht ein.

Den späteren Direktoren der beiden Geschichtsmuseen ließ er freie Hand, ihm waren die institutionelle Selbstständigkeit und inhaltliche Unabhängigkeit wichtig. Die organisatorische Struktur als selbstständige Stiftungen des Bundes wurde von der Bundesregierung und vom Parlament gleichermaßen gefördert. Der Bundeskanzler verließ sich in der Aufbauphase der Einrichtungen auf seine engen Mitstreiter, allen voran Bundesbauminister Oscar Schneider, der die Kulturprojekte der Ära Kohl federführend begleitete, Kanzleramtsminister Anton Pfeifer, der Bremer Abgeordnete Bernd Neumann, der wesentlich am Zustandekommen der gesetzlichen Grundlagen beteiligt war, und der für die Kulturpolitik zuständige Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Sieghardt von Köckritz.

ERINNERUNGSKULTUR

Ihre außergewöhnliche Härte erwuchs der politischen Diskussion um die konkreten Museumspläne auch dadurch, dass sie ins Zentrum des sogenannten „Historikerstreits“ geriet, der durch Ernst Noltes Beitrag „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6. Juni 1986 ausgelöst wurde. Vordergründig wurde diese Auseinandersetzung um die Vergleichbarkeit des Völkermords der Nationalsozialisten an den europäischen Juden mit anderen Menschheitsverbrechen geführt, vornehmlich in der Sowjetunion unter Josef Stalin. Tatsächlich wurde im „Historikerstreit“ auch um das Geschichtsbild und die Identitätsbildung in der Bundesrepublik Deutschland gerungen. Helmut Kohls Vorstöße und die hitzige Debatte, die in Feuilletons und Fachzeitschriften gleichermaßen ausgegossen wurde, verschärften die Kontroverse.

Diskussionen um die Deutung der Geschichte sind in einer pluralistischen Gesellschaft an der Tagesordnung. Bundespräsident Gustav Heinemann attestierte den Deutschen Anfang der 1970er-Jahre ein „mangelhaftes Geschichtsbewusstsein“. Aus dem Geist der Demokratie heraus forderte er eine bewusste Pflege der freiheitlich-demokratischen Erinnerung und Tradition. Diesem Ziel verlieh er konkrete Gestalt, indem er zusammen mit dem Hamburger Unternehmer Kurt A. Körber 1973 den „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte“ ins Leben rief und 1974 die ebenfalls von ihm initiierte „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Rastatt eröffnete – ein früher, wenn auch kleiner Vorläufer der musealen Einrichtungen für die historisch-politische Bildung zwei Jahrzehnte später. Auch Heinemanns Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten, Walter Scheel, hob auf dem Deutschen Historikertag 1976 die Bedeutung geschichtlicher Bildung für die Zukunft der Demokratie hervor: „Wir sind in Gefahr, ein geschichtsloses Land zu werden“, stellte er fest.

Seit den späten 1970er-Jahren nahm das Interesse der Deutschen an ihrer Geschichte wieder zu. Breite öffentliche Wirkung erzielte die amerikanische Fernsehserie „Holocaust“, die 1979 in der Bundesrepublik ausgestrahlt wurde. Durch die emotionale und suggestive Kraft ihrer Bilder erschütterte sie Millionen Deutsche aller Generationen und führte zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Völkermord an den europäischen Juden. Landesausstellungen wie 1977 über die Stauer in Stuttgart oder 1980 über die Wittelsbacher in München wurden zu Publikumsmagneten. Ein erster Höhepunkt dieses neuen Geschichtsbooms war die große Preußen-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau in Berlin 1981. Diese Schau wandte sich erstmals der jüngeren deutschen Geschichte zu. Die vorangegangenen Ausstellungen beschäftigten sich noch mit zurückliegenden, politisch weniger verdächtigen Epochen.

In dieser Zeit entstanden auch neue Präsentationsformen, die sich an den antizipierten Zielgruppen orientierten. Auf allen staatlichen Ebenen – Kommunen, Länder und Bund – wurden Museen modernisiert oder gegründet, die sich in dieser Phase zu zentralen Medien der Aneignung der Vergangenheit entwickelten.

Seit 1982 stärkte die christlich-liberale Bundesregierung den aufklärerischen Gedanken historisch-politischer Bildung. Helmut Kohls Geschichtspolitik zielte darauf ab, die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen mit der Erinnerung an die positive Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu verknüpfen. Erst durch die staatliche Förderung und Institutionalisierung beider Stränge geschichtlicher Erinnerung sah der Kanzler eine identitätsstiftende Balance gewährleistet.

Von der Brisanz dieser Zielsetzung zeugen die heftigen gesellschaftlichen Kontroversen in den 1980er-Jahren. Breite Kritik erfuhr Helmut Kohl für seine Rede vor der Knesset in Jerusalem am 25. Januar 1984, in der er zwar die Verantwortung aller Deutschen für die Vergangenheit betonte, doch zugleich von der „Gnade der späten Geburt“ sprach. Im folgenden Jahr – mit seinen zahlreichen Rückblicken auf das vier Jahrzehnte zurückliegende Kriegsende – wiederholten sich die Auseinandersetzungen um angemessene Formen des Erinnerns und Gedenkens. Das Treffen des US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und des deutschen Bundeskanzlers auf dem Soldatenfriedhof bei Bitburg am 5. Mai 1985 fand unter internationalem Protest statt. Hingegen stieß die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes auf große Zustimmung. Seine Deutung des 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ gilt bis heute als wegweisende politische Rede. Helmut Kohl hatte sich zwar bereits am 21. April 1985 in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen ähnlich geäußert, sein Beitrag fand jedoch keinen öffentlichen Widerhall. Auch der öffentliche Aufschrei, den Ende 1988 die – rhetorisch ungeschickte – Rede von Bundestagspräsident Philipp Jenninger im Deutschen Bundestag zur 50. Wiederkehr der Novemberpogrome am 9. November 1938 auslöste, deutet auf eine angespannte Debatte hin – es waren die Folgen des „Historikerstreits“, der 1986/87 die Gemüter erhitzt hatte.

DIE MUSEUMSPROJEKTE

Während die Planungen für das Deutsche Historische Museum in Berlin infolge der Wiedervereinigung grundsätzlich überdacht und schließlich mit der Neugestaltung des früheren Museums für Deut-

sche Geschichte im Zeughaus in Ost-Berlin verbunden wurden,¹ mündeten die Auseinandersetzungen um das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn im Gesetz zur Errichtung einer selbstständigen Stiftung des öffentlichen Rechts vom 28. Februar 1990.

In Bonn entstand bereits seit 1986 die in der Bundesrepublik erste nationale museale Sammlung für die deutsche Nachkriegsgeschichte. Die gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung entwickelte und vom Kuratorium gebilligte Konzeption der Dauerausstellung präsentiert seitdem deutsche Geschichte in Ost und West im internationalen Zusammenhang.²

Bei der Eröffnung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn am 14. Juni 1994 resümierte Helmut Kohl: „Ohne das Wissen um die totalitäre Versuchung, ohne die Erinnerung an Schuld und moralisches Versagen sowie an die beispiellosen Schrecken, die daraus erwachsen, lässt sich die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht verstehen [...] dieses ‚Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland‘ erinnert an eine Vergangenheit, die in unsere Zukunft eingehen muss.“ Die Auseinandersetzungen ebten mit der Eröffnung des Geschichtsmuseums in Bonn ab, die Ergebnisse waren sichtbar, die weitgehend politisch motivierten Einwände erwiesen sich als haltlos.

DENKMALE ZUR GESCHICHTE

Darüber hinaus prägte Helmut Kohl die gesamtdeutsche Erinnerungskultur durch weitere Projekte: 1993 veranlasste er die Umgestaltung der „Neuen Wache“ in Berlin zur „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“. Gegen massive Proteste wurde dort auf seine Anregung eine erheblich vergrößerte Kopie der Pietà von Käthe Kollwitz aufgestellt.

Helmut Kohl ließ sich nicht beirren und auch zum Ende seiner Regierungszeit keinen Zweifel daran, dass die Bundesrepublik Deutschland ein „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ zwingend benötige. Zwar wurde die Errichtung dieses Mahnmals im Zentrum von Berlin erst 1999 vom Deutschen Bundestag beschlossen, doch hatte Kohl



Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn. Die erste Dauerausstellung „Erlebnis Geschichte“ wurde am 14. Juni 1994 von Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet und in der Folge in den Jahren 2001, 2011 und 2017 grundlegend überarbeitet. © dpa, Foto: Oliver Berg



Deutsches Historisches Museum im Zeughaus und in der modernen Ausstellungshalle des Architekten I. M. Pei. Anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins 1987 unterzeichneten Helmut Kohl und Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen das Gründungsdokument des Museums. Die Grundsteinlegung erfolgte zunächst im Spreebogen – dem heutigen Standort des Bundeskanzleramts. © picture alliance / ZB / euroluftbild, Foto: euroluftbild.de / Robert Grah

bereits wichtige Weichen gestellt. Ihm ging es dabei „um den Kern unseres Selbstverständnisses der Nation“, wie er in einem Interview in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wenige Tage vor der Bundestagswahl im September 1998 formulierte.

Wenn auch bereits seit den 1950er-Jahren der Bund neben den Ländern und Kommunen eine wichtige Rolle in der Kulturpolitik des Gesamtstaates spielte, so wurden erst während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl Geschichte und deren Erinnerung zum staatlich gewollten und geförderten Programm. Über das Gedenken an die Gräueltaten des Nationalsozialismus hinaus rückte mit Helmut Kohls geschichtspolitischem Programm die Beschäftigung mit den positiven Momenten der deutschen Demokratiegeschichte ebenso in das Blickfeld wie seit 1990 die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Helmut Kohl und „seine Kulturpolitiker“ schufen Kultureinrichtungen und Gedenkstätten, die heute zu den bestbesuchten und meistbeachteten des Landes und darüber hinaus in Europa gehören.

INHALTLICH VIELFÄLTIG – INSTITUTIONELL NACHHALTIG

Der Bundeshaushalt für die Kultur wurde während der sechzehnjährigen Kanzlerschaft Helmut Kohls nahezu vervierfacht. Waren es 1982 noch 346 Millionen D-Mark, so stieg der Etat 1988 auf 1,3 Milliarden D-Mark. Die Verdienste in der Kulturpolitik unter Bundeskanzler Helmut Kohl gehen weit über die konkreten Projekte hinaus: In seiner Regierungszeit etablierte sich die Geschichtspolitik als eigenes politisches Handlungsfeld. Infolge seiner Initiativen ist auch die seit 1998 unter der rot-grünen Regierung entwickelte Gedenkstättenkonzeption des Bundes zu betrachten, die unter Staatsminister Bernd Neumann als Beauftragtem der Bundeskanzlerin für Kultur und Medien fortgeschrieben wurde.

Durch die Aktivitäten und die Finanzierung des Bundes entwickelte sich eine vielfältige Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland. Die öffentlichen Debatten, die seit Gründung der Bundesrepublik über den Umgang mit der deutschen Vergangenheit geführt wurden, waren stets Ausdruck

einer pluralistischen Meinungsbildung. Helmut Kohl prägte durch seine Denkanstöße und seine konkreten Initiativen die historisch-politische Diskussion im Land bis in die Gegenwart – inhaltlich vielfältig und institutionell nachhaltig.

¹ Das Deutsche Historische Museum wurde 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin von der damaligen Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin gegründet. Im Rahmen des Vertrags zur deutschen Wiedervereinigung wurden die Gebäude und Sammlungen des Museums für Deutsche Geschichte (MfDG), das zentrale Geschichtsmuseum der DDR, in den Besitz des Deutschen Historischen Museums überführt. So wurde das Deutsche Historische Museum mit der Wiedervereinigung 1990 zu einem gesamtdeutschen Museum für Geschichte. Seit 2006 präsentiert das Deutsche Historische Museum im Zeughaus seine Dauerausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“, siehe www.dhm.de sowie Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ vom 21. Dezember 2008 (BGBl I S. 2891).

² Die erste Dauerausstellung „Erlebnis Geschichte“ wurde am 14. Juni 1994 von Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet und in der Folge in den Jahren 2001, 2011 und 2017 grundlegend überarbeitet. Vgl. das aktuelle Begleitbuch zur Dauerausstellung: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Unsere Geschichte, Deutschland seit 1945*, Bonn 2012. Eine aktualisierte Neuauflage des Buchs zur Dauerausstellung „Unsere Geschichte. Deutschland seit 1945“, die auch die neuen Ausstellungsbereiche der Ende 2017 wiedereröffneten Dauerausstellung berücksichtigt, erscheint 2018. Siehe auch www.hdg.de sowie Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ vom 28. Februar 1990 (BGBl I S. 294), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 60 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl I S. 160).

Literaturauswahl

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: *Erlebnis Geschichte. Einstellungen – Kritik/Kontroversen/Konsens – Ausstellungen*, Bonn 1991.

Rudolf Augstein / Karl Dietrich Bracher / Martin Broszat / Jürgen Habermas / Joachim C. Fest: *Historikerstreit*.

Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 6. Auflage, München 1988.

Berliner Festspiele GmbH (Hrsg.): *Preußen. Versuch einer Bilanz. 15. August – 15. November 1981*, Martin-Gropius-Bau Berlin, Katalog in 5 Bänden, Reinbek bei Hamburg 1981.

Hans Walter Hütter: „Erinnerungs-, Gedenk- und Geschichtspolitik des Bundes im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland“, in: Ines Härtel u. a. (Hrsg.): *Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Europa und der Welt*, Band III: *Entfaltungsbereiche des Föderalismus*, Heidelberg 2012, S. 695–716.

Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland vom 27. Juli 1999, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1569; Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes: Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen vom 19. Juni 2008, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/9875.